

**Anhörverfahren:
Kinder- und Jugendarmut in Rheinland-Pfalz wirksam begegnen
vor dem Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags RLP am 31.01.2017**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal herzlichen Dank, dass ich heute für die Landesarmutskonferenz, an der die LIGA maßgeblich beteiligt ist, sprechen darf. Die Tatsache, dass Sie das Thema aufgegriffen haben, zeigt die Bedeutung für die politische Arbeit in Rheinland-Pfalz.

Bitte verstehen Sie die Texte der schriftlichen Anhörung nicht als eine Arbeitsverweigerung, das Thema „Kinder- und Jugendarmut in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017“ zu beleuchten. Es ist vielmehr ein Hinweis darauf, dass - wie in allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik - auch sehr viel und sehr lange über Kinder- und Jugendarmut geschrieben, analysiert und Lösungsvorschläge formuliert wurden.

Wir haben das Problem, dass wir über die Ansammlung von Daten und das notwendige Gespräch endlich zu strategischen Handlungsansätzen kommen müssen, die den Betroffenen kurz- und mittelfristig die Unterstützung gibt, damit Teilhabe möglich wird.

Dabei ist in Rheinland-Pfalz anzuerkennen, dass durch die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten und der Ausbau der Kindertagesstätten in Blick auf die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren ein entscheidender Schritt gegangen wurde, um zumindest Grundlagen zu legen, lebenslange Armut - die in der Kindheit beginnt - mit zu bekämpfen.

Wichtig für die Landesarmutskonferenz - als auch für die LIGA - ist, dass wir Kinder- und Jugendarmut in Rheinland-Pfalz **nicht** getrennt sehen wollen für die hier schon immer Lebenden und die, die neu hierhergekommen sind und Unterstützung brauchen. Ein Kind/ein Jugendlicher ist ein Wert an sich und hat ein Anrecht, auch im Blick auf die UN-Kinderrechtskonvention, in seiner Lebenslage so gefördert zu werden, dass es/er sich mit seinen Talenten stabil entwickeln und sein Leben im Blick auf die Zukunft auch selbstständig gestalten kann.

Wir befürchten im Blick auf Flüchtlinge, dass sich eine Haltung in unserer Gesellschaft durchsetzt, die sagt, im Sinne der Versorgung reicht „satt und sauber“ für diese Gruppe aus. Wir sagen ausdrücklich, dass für geflüchtete Familien - und vor allen Dingen Kinder- gelten muss, was auch für alle anderen gilt.

Armut in Deutschland bedeutet nicht ein Leben in existenzieller Notlage (Gott sei Dank) – also das Fehlen der Mittel zum physischen Überleben; sondern Armut bedeutet: arm zu sein im Sinne von sozialer Ungleichheit und sozialer Exklusion.

Diese Form der Armut hat die unterschiedlichsten Auswirkungen auf das Leben dieser Kinder sowie auf ihre Zukunftschancen und Perspektiven. Sie ist verbunden mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungschancen. Dies haben wir in der schriftlichen Ausführung sehr differenziert dargelegt: Die Fragen nach der

- a) materiellen Grundversorgung des Kindes;
- b) der Versorgung im kulturellen Bereich;
- c) der Versorgung im sozialen Bereich;
- d) der Versorgung im gesundheitlichen Bereich

gelten genauso für die Kinder von geflüchteten Familien.

Es ist belegt, dass **der Erwerbsstatus der Eltern** als wesentliches Strukturmerkmal von Kinderarmut anzusehen ist. Kinder- und Jugendarmut tritt verstärkt in Arbeitslosenhaushalten auf. Aber auch eine Erwerbstätigkeit der Eltern ist heute immer noch keine Garantie gegen Kinder- und Jugendarmut. Die Gruppe der „working poor“ existiert trotz des von uns begrüßten Mindestlohns weiterhin.

Wenn wir also geflüchtete Familien nicht in den Stand versetzen werden, für ihren Unterhalt selbst aufkommen zu können – und die Betonung liegt auf „in den Stand versetzen“ – dann werden wir im Blick auf die Zukunft viele neue arme Kinder und Jugendlichen „produzieren“! Insgesamt gilt es auch hier festzuhalten: **Wir wissen um die Probleme, die kommen. Wir haben durchaus Lösungsansätze, wie die Probleme gelöst werden können. Es fehlt uns also nicht an Wissen, sondern es fehlt uns am Vollzug.**

Es ist unwürdig, verschiedene Gruppen von Betroffenen auch im Blick auf ihre Kinder und Jugendlichen zu stigmatisieren oder sie gar gegeneinander auszuspielen. Alle Jugendlichen und Kinder haben die gleichen Rechte.

Alle Familienformen sind in den Stand zu versetzen, dass sie gut für ihre Kinder sorgen können. Das heißt, der Realität von veränderten familiären Lebensformen und -lagen Rechnung zu tragen und die staatlichen Unterstützungsleistungen darauf hin anzupassen. Aus diesem Grunde müssen wir, immer wenn wir von Kinder- und Jugendarmut sprechen, natürlich auch über den Reichtum der anderen reden. Inbegriffen ist eine darauf hin ausgerichtete Steuerpolitik.

Gestatten Sie uns am Ende daher auch noch einmal eine Erwartung zu formulieren. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Frage der Kinder- und Jugendarmut, die auch eine Frage der Familienarmut ist, interdisziplinär in der Landesregierung bearbeitet würde und Strategien gemeinsam entwickelt werden. Noch immer sind zu viele Ministerien solitär damit beschäftigt, sich dem Thema ernsthaft zu widmen. Eigentlich bedarf es aus unserer Sicht einer Koordination der unterschiedlichen Aktionen, um effizienter und im Sinne der Betroffenen auch zielorientierter das Problem zu lösen.

Wir als Landesarmutskonferenz und LIGA sind in diesen Fragen Partner an Ihrer Seite. Wir wollen, dass die Integration der Schwachen in unserer Gesellschaft gelingt und haben kein Interesse daran, dieses Thema zu nutzen, um öffentlich eine Diskussion zu führen, die die Ängste und die Hilflosigkeit der Menschen in prekären Situationen thematisiert und zu politischer Polarisierung führt. Wir glauben, dass die rheinland-pfälzische Parteienlandschaft und die Gesellschaft bereit und stark genug sind, dieses Thema gemeinsam auf demokratische und menschenwürdige Weise voranzutreiben. Das sind wir als Demokratinnen und Demokraten all denen schuldig, die keine starke Lobby haben und nicht aus eigener Kraft heraus ihre Lebenssituation bewältigen können.

Albrecht Bähr
Sprecher der LIGA
in der Landesarmutskonferenz